

A4 Union und SPD greifen rechtsstaatliches Instrument an - Pflichtanwaltliche Vertretung in Abschiebehaftverfahren darf nicht abgeschafft werden!

Antragsteller*in: Santino Klos

Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

Antragstext

- 1 Die noch von der Ampel-Koalition im Bund auf den Weg gebrachte Einführung einer
- 2 anwaltlichen Pflichtvertretung in Abschiebehaftsachen (vgl. § 62d AufenthG)
- 3 wollen CDU/CSU und die SPD wieder rückabwickeln. Wir lehnen das entschieden ab
- 4 und kritisieren dieses Vorhaben scharf!
- 5 SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP kamen damals einer langjährigen Forderung von
- 6 Verbänden und Organisationen nach. Die Regelung ist deshalb wichtig, weil die
- 7 Fehlerquote bei genau diesen Abschiebehaftsachen sehr hoch ist.
- 8 Im Saarland steigt die Zahl der ausreisepflichtigen Personen, die in
- 9 Abschiebehaft genommen wurden. Das Konzept der Abschiebehaft ist unmenschlich
- 10 und gehört abgeschafft. 2024 wurden doppelt so viele Menschen in Abschiebehaft
- 11 gesteckt als im vorangegangenen Jahr. Über zwei Millionen Euro kostete die Praxis
- 12 das Saarland, das keine eigenen Plätze vorhält, sondern diese bei den Ländern
- 13 Rheinland-Pfalz und Hessen mietet. Teilweise mussten sogar Menschen aufgrund
- 14 einer überlangen Verfahrensdauer wieder aus der Abschiebehaft entlassen werden.
- 15 Union und SPD wollen die Situation der Menschen, die diese unmenschliche Härte
- 16 trifft, noch verschlechtern!
- 17 Für uns ist klar: Abschiebehaft gehört abgeschafft und die Rechte von
- 18 Geflüchteten gehören gestärkt!
- 19 Besonders perfide ist das Vorhaben der Koalition aus Union und SPD im Bund, weil
- 20 viele Entscheidungen in Abschiebehaftsachen oft rechtswidrig sind. Die hohe
- 21 Fehlerquote ergibt sich aus einer Statistik des Rechtsanwalts Peter Fahlbusch,
- 22 der seit 2001 Statistik über die von ihm vertretenen Abschiebungshaftmandate
- 23 führt. Seine Fallstatistik zeigt: Über die Hälfte der Menschen, die er in
- 24 Abschiebehaftsachen vertrat, waren rechtswidrig inhaftiert. Erfolgsquoten von
- 25 Klagen gegen Abschiebehaftsachen betragen bis zu 89 Prozent.
- 26 Dieses Rechtsstaatliche Instrument wird als Ideologie verunglimpft, zugunsten
- 27 Rechtsextremer und Rechter Menschenfeinde. Wir sagen: Rechtsstaatliche
- 28 Instrumente sind keine Ideologie!